

GÜTERVERKEHR

ÖBB bringt ungarischen Billig-Carrier auf Schiene

WIEN. Die ÖBB kämpfen gegen rückläufige Tendenzen im Güterverkehrs-Geschäft und bringen dazu ihre ungarische Cargo-Billigtochter in Stellung: „Wir haben zu Jahresbeginn unsere neue Cargotochter in Betrieb genommen und betrachten sie als Wachstumszelle“, sagt ÖBB-Chef Christian Kern im Gespräch mit dem Wirtschaftsblatt: „Derzeit haben wir dort 50 Mitarbeiter und acht Lokomotiven im Einsatz; die Aktivitäten werden aber sukzessive ausgebaut.“

Die Tochter mit dem Namen „Rail Cargo Carrier“ mit Sitz in Budapest soll mit at-

traktiven Preisen den immer schärferen Wettbewerb zugunsten der ÖBB entscheiden. Die „südeuropäischen Güterbahnen“ seien „schwer unter Wasser“, was zu einem Konsolidierungsprozess führe, so Kern: „Sie werden massiv Geschäft abgeben, wodurch ein Spielraum für uns entsteht, den wir nützen wollen.“

Mit „integrierten Produktionseinheiten“ wollen die ÖBB bei den Kunden punkten. Kern: „Wir fahren künftig mit einer Lok und einem Zug über mehrere Grenzen und können dadurch Zuverlässigkeit, Qualität und Kosten verbessern.“ Es

sei bereits gelungen, „einige sehr interessante Aufträge“ wie Holz- oder Chemietransporte zwischen Österreich und Rumänien bzw. Deutschland an Land zu ziehen. 2013 soll der Rail Cargo Carrier 1,2 Millionen Zugkilometer produzieren, was 2000 internationalen Ganzzügen entspricht.

„Labile Situation“

Die ÖBB hätten „im Vorjahr das beste Ergebnis aller europäischen Güterbahnen erzielt“, so Kern. Im Moment sei die „Situation aber sehr labil“. Kern: „Die Herausforderung ist jetzt, den nächsten Schritt bei

doch deutlichem Gegenwind zu machen.“

Die Konjunkturertrübung sei heuer sehr stark sichtbar geworden. Seit Mitte 2011 sei der Container-Umschlag an den Häfen kontinuierlich zurückgegangen – ebenso die Frachtpreise. Zudem sei die Industrieproduktion in einem permanenten Abwärtskanal, was rückläufige Transportvolumina – auch bei den wichtigsten österreichischen Grundstoffherzeugern – bedeute, so Kern: „Das Wachstumsproblem Europas sieht man in der Logistik leider mit unglaublichem Nachdruck.“ (gf)



Der neue Rail Cargo Carrier soll Geschäft bringen

TRANSPORT-FACTS

■ Der Gütertransport in- und ausländischer Bahnen auf Österreichs Schienennetz ist im Vorjahr um 6,6 Prozent auf 100,5 Millionen Tonnen zurückgegangen. Das Cargoaufkommen der ÖBB sank – inklusive Auslandstransporten – von 124 auf 113 Millionen Tonnen. Man habe sich „bewusst von unrentablen Verkehren getrennt“, so die ÖBB. Auch auf der Straße nahm das Transportvolumen österreichischer Spediteure um 3,1 Prozent auf 333,9 Millionen Tonnen ab.

LEBENSMITTELINDUSTRIE

Etiketten werden teurer



Im Worst-Case-Szenario müssen Lebensmittelexporteure für jedes EU-Land eigene Etiketten erstellen

Einen hohen zweistelligen Millionen-Betrag müssen Österreichs Lebensmittelhersteller in die Hand nehmen, um ab 2014 einer neuen EU-Verordnung gerecht zu werden.

WIEN. Je näher das Inkrafttreten der neuen EU-Lebensmittelinformationsverordnung rückt, desto häufiger wird der Unmut der heimischen Lebensmittelhersteller laut. Die Reihenfolge der Angaben hat sich verändert, allein dadurch müssen sämtliche Etiketten geändert werden. Schwerer wiegt aber die verpflichtende Formatvorgabe betreffend Schriftgröße, weiß die Geschäftsführerin

des Fachverbandes der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Katharina Koßdorff: „Die österreichische Branche, mit einer Exportquote von 60 Prozent, trifft das besonders hart.“ Im Export bedarf es ohnehin bereits mehrsprachiger Angaben, mit einer Mindestschriftgröße wird es schwieriger, diese unterzubringen.

Im Extremfall ist für jede Sprache ein eigenes Etikett nötig – mit Auswirkungen auf Druck-, Logistik- und Lagerkosten. Hersteller, die global einkaufen, müssen oft das Herkunftsland wechseln – auch in diesem Fall wären neue Etiketten nötig. Das Worst-Case-Szenario droht beim Format der Nährwertangabe. Um den Mitgliedsstaaten mehr Kompetenz einzuräumen, dürfen diese sel-

ber entscheiden, wie die Angaben zu machen sind. „Das kann von einer Tabelle bis hin zum Ampelsystem gehen“, sagt Koßdorff. Im schlimmsten Fall wären allein in der EU bald 28 verschiedene Etikette nötig. Auf die österreichische Lebensmittelindustrie kommen Kosten in zweistelliger Millionenhöhe zu, schätzt Koßdorff. „Die werden eher im höheren als im niedrigen Bereich liegen“. Dies wiegt schwer, weil die Branche schon unter hohen Rohstoff- und Energiepreisen stöhnt.

Große Belastung

Die Umstellung bedeutet auch für Martin Darbo, Geschäftsführer des Marmeladen- und Fruchtsaftherstellers Darbo, eine Belastung.

„Neue Etiketten müssen entworfen, Texte angepasst und Bestände alter Verpackung unter Umständen vernichtet werden“, sagt Darbo. Zahlreiche Mitarbeiter seien mit dieser Aufgabe derzeit beschäftigt. Er wünscht sich, „dass sich die Rechtslage nicht bald wieder ändert.“

Für Nestle bedeute die neue Verordnung, dass alle 2000 Artikel, die im österreichischen Markt vertrieben werden, überprüft werden müssen. Dies betrifft Etiketten von Produkten im Online- und im stationären Handel. „Wir haben die Abteilung, die mit diesen Überprüfungen beschäftigt ist, aufgestockt“, sagt Nestle-Pressesprecherin Angela Teml.

THOMAS PRESSBERGER
thomas.pressberger@wirtschaftsblatt.at

STAATSANWALTSCHAFT

Ermittlungen in Causa Kommunalkredit beendet

WIEN. Nach beinahe fünf Jahren seit der Notverstaatlichung der Kommunalkredit hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft die Ermittlungen nun abgeschlossen. Erich Mayer, Sprecher der Korruptionsstaatsanwaltschaft, bestätigt gegenüber dem Wirtschaftsblatt, dass am Dienstag die Untersuchungen beendet wurden. „Wir arbeiten gerade an einem Vorhabensbericht für die Oberstaatsanwaltschaft“, sagt Mayer.

Insgesamt wurde in der Causa Kommunalkredit gegen 18 Beschuldigte ermittelt. Das Verfahren gegen Bildungsministerin Claudia Schmied, die von 2004 bis 2006, im Vorstand der Kommunalkredit saß, wurde im April eingestellt. Die beiden anderen Vorstände, Ex-Chef Reinhard Platzer und Leopold Fischer, sowie die Aufsichtsräte mit dem ehemaligen ÖVAG-Chef Franz Pinkl an der Spitze, werden weiterhin als Beschuldigte geführt. Sie alle sollen, so der Vorwurf, sich unter anderem

der Untreue schuldig gemacht haben, indem sie ein zu großes Rad mit Kreditausfallsversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) gedreht haben. Gutachter Gerhard Altenberger, der zusammen mit anderen Experten jahrelang die Geschäfte aufgearbeitet hat, attestiert ein „multiples Organversagen“. Noch 2008, als sich weltweit ein massiver Wertverfall der CDS-Papiere abzeichnete, wurde das Geschäft ausgebaut und – auf konsolidierter Basis – „CDS-Neugeschäfte mit einem Nominal von 2,8 Milliarden (!) € abgeschlossen.“

Risikopapiere

Nach der Notverstaatlichung im Jahr 2008 wurde der Gemeindefinanzierer in zwei Banken aufgespalten. Die Risikopapiere wurden in eine Bad Bank ausgelagert, das Geschäft mit den Kommunen in ein neues Institut übertragen. Der Verkauf der Kommunalkredit neu ist vor Kurzem gescheitert. (ck)

IN KÜRZE

Dayli hält an Deutschland fest

WIEN. Trotz angekündigter Schließung von 180 Filialen in Österreich will Nahversorger Dayli an seinen Deutschland-Plänen festhalten. Dayli-Chef Rudolf Haberleitner hat „schon daran gedacht, die ganze Firma nach Deutschland zu verlegen“. Dort herrsche mehr Offenheit für seine Pläne. Ende Juni sollen die ersten fünf Shops in Deutschland öffnen. (apa)

Quartalsberichte nicht mehr Pflicht

BRÜSSEL. Unternehmen in der Europäischen Union müssen ab 2015 keine Quartalsberichte legen. Mit der Reform der Transparenz-Richtlinie werde die gesetzliche Pflicht dazu abgeschafft, erklärte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier am Donnerstag in Brüssel. Darauf hätten sich die Unterhändler der Mitgliedstaaten

und des Europäischen Parlaments jetzt geeinigt. (apa)

Flug-Kooperation abgeblasen

BREGENZ. Die geplante Kooperation zwischen der Schweizer Swiss und der Vorarlberger Regionalairline InterSky kommt offenbar nicht zustande. Das könnte Konsequenzen für die InterSky-Verbindungen Graz-Zürich und Salzburg-Zürich haben. (apa)

ANLAGEBETRUG

„Wir streben den Status als NGO an“

WIEN/NEW YORK. In New York ist in der Vorwoche das „International Financial Litigation Network“ gegründet worden. Ein Gründungsmitglied ist Anlegeranwalt Eric Breiteneder aus Wien.

Das Netzwerk besteht aus rund 25 auf Anlegerenschutz bzw. Bank- und Wertpapierrecht spezialisierten Kanzleien weltweit. Der Sitz ist in New York. Man versteht sich weniger als reine Anlegerververtretung, sondern als „objektive Plattform“, die Rechtsfragen im Zusammenhang mit Finanzskandalen auf internationaler Ebene rascher und kostengünstiger als bislang mög-



Gründungsmitglied: Anlegeranwalt Eric Breiteneder

lich lösen will. Im Netzwerk sind nicht nur Anlegeranwälte (die in den USA Fälle mit bis zu einer Milliarde \$ Streitwert betreuen), sondern auch Kanzleien, die Großbanken wie Santander vertreten. Geplant ist, dass eine Kanzlei je Land eine Ansprechstellenfunktion übernimmt.

Völkerrechts-Ansatz

Das Netzwerk plant weiters die Einrichtung eines LL.M.-Studiiums in Valencia. Und: „Wir streben den Status als NGO an“, so Breiteneder. Dies würde Anlegern eine bisher kaum genutzte Handlungsalternative eröffnen, da nicht

nach nationalem Recht, sondern auch mit völkerrechtlichen Einschlüssen Anlegers Streitigkeiten geführt werden können. Deswegen sei eine Kanzlei aus Wien aufgrund des UN-Standortes wichtig.

Aufgrund der Tatsache, dass im Netzwerk Kanzleien die Sicht von Banken einbringen können, liegt auf der Hand, dass das Netzwerk auch als eine Art Streitschlichtungsforum für Massenschadensfälle agieren wird können. Das „Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten“ in Washington sei nämlich nicht allzu stark frequentiert. (jai)

ANZEIGE

www.priewasserzentrum.at

R8 Spyder 4.2 FSI quattro, R-tronic, EZ 02/2012, 2.500 km, 430 PS, Verb. 1/100km: in.orts 20,1; auß.orts 9,6; komb. 13,5; CO₂: 315 g/km

Vmax 300 km/h, 0-100 km/h in 4,8 sec. DVD-Navi, B&O Sound, Rückfahrkamera

Ö € 147.730,- leasingfähig, NP € 183.161,-

Autohaus Priewasser Ried, Audi-Händler

Tel 0043 7752 6664